

Inklusion durch Partizipation! Auftrag und Verantwortung der Kinder- und Jugendhilfe

Zum Abschluss der Tagung möchte ich Ihnen aktuelle integrationspolitische und -soziologische Diskurse vorstellen, die eine Rahmung auch für eine interkulturell orientierte Jugendhilfe bilden. Zunächst möchte ich daran erinnern, dass die Jugendhilfe ein Ort der Bildung ist und einen dezidierten Bildungsauftrag hat. In dieser Funktion möchte ich sie in die Pflicht nehmen. Die Auseinandersetzung mit der sich abzeichnenden neuen Gesellschaft bedeutet m. E., ganz intensiv Bildungsprozesse zu gestalten. Diese Bildungsprozesse dürfen wir nicht dem formalen Bildungssystem Schule allein überlassen, das in diesem Bereich ohnehin zu wenig leistet, sondern hier liegt eine Herausforderung, eine große Aufgabe für die Kinder- und Jugendhilfe.

Die Post-Migrantische Gesellschaft – Deutschland neu denken!

Was bedeutet „Post-Migrantische Gesellschaft“ und woher kommt der Begriff? Der Ansatz hat sehr viel mit Berlin zu tun. Shermin Langhoff, die derzeitige Intendantin des Maxim-Gorki-Theaters, war zuvor langjährige Leiterin des Ballhauses Naunynstraße in Kreuzberg. Ihre kritische Analyse der aktuellen Theaterlandschaft kam zu dem Ergebnis, dass es wenige Stücke und Stoffe gibt, die sich mit dem Thema „Migration“ und „Neue Gesellschaft“ befassen. Zudem finden sich kaum Schauspielerinnen und Schauspieler mit Migrationshintergrund, die hier eine wesentliche Rolle spielen. Außerdem fehlen ästhetische Mittel, mit deren Hilfe wir so etwas wie eine Gesellschaft nach der Migration darstellen könnten. So formulierte sie die Forderung nach einem „Post-Migrantischen Theater“, eine Formulierung, die wiederum das Berliner Institut für empirische Integrations- und Migrationsforschung (BIM) übernahm, hier vor allem deren stellvertretende Direktorin, Naika Foroutan, die intensiv am Thema „Post-Migrantische Gesellschaft“ arbeitet.

Es ist ein schwieriger Begriff, weil er auf den ersten Blick in eine Sackgasse führen könnte. Er könnte dazu führen, das Präfix „post“ so zu interpretieren, dass die Migration beendet sei. Das wäre absurd angesichts der Tatsache, dass wir es jährlich mit zehntausenden oder hunderttausenden weiteren Zuwanderungen zu tun haben. „Post“ bedeutet also nicht, dass die Migration abgeschlossen ist, sondern will einen Analyserahmen für die Fragen bieten: Wie geht eine Gesellschaft mit ihren Konflikten, mit ihren Identitätsproblemen, mit ihren Herausforderungen, mit ihren Auseinandersetzungen, mit ihren Kämpfen um Ressourcen, mit ihren Transformationsprozessen nach erfolgter Migration um? „Post“ stellt die Kennzeichnung einer Gesellschaft dar, in der Migration erfolgt ist, die sich dadurch verändert hat, in der Migration jedoch weiterhin stattfindet.

Das BIM führte verschiedene Studien zum Thema „Deutschland - postmigrantisch“ durch. Diese brachten durchaus ambivalente Ergebnisse, vor allem in Bezug auf Menschen mit muslimischem Hintergrund. Entscheidend sind jedoch die Ergebnisse zu „den neuen Deutschen“. Die Fragen, die gestellt wurden, wurden von Menschen mit und ohne Migrationshintergrund weitgehend identisch beantwortet, manchmal mit identischen Prozentzahlen, zum Beispiel zu ihrem

Verhältnis zu Deutschland oder dem Bezugspunkt Wiedervereinigung, der für Menschen mit Migrationshintergrund fast eine ebenso große Rolle spielt wie für Menschen ohne Migrationshintergrund. Zusammenfassend wurde festgestellt¹:

- Es gibt eine hohe Identifikation von Menschen mit Migrationsgeschichte mit der deutschen Gesellschaft.
- Das gilt insbesondere für Jugendliche und junge Erwachsene. (Die letzte Studie von 2016 widmete sich ausschließlich dem Thema „Jugendliche und junge Erwachsene“.)
- Aushandlungsprozesse werden zum gelebten Alltag, insbesondere von jungen Menschen.
- Vielfalt, Diversität und Heterogenität werden von der jungen Generation als normal angesehen.
- In der Perspektive entwickelt sich eine durch Zugehörigkeit gekennzeichnete postnationale Identität.

Die für manche sicherlich provokante Feststellung lautet deshalb: Deutsch-Sein kann erlernt und erworben werden. Das stellt einen ganz anderen Ansatz von nationaler Identität dar, als er in manchen gesellschaftlichen Diskursen sichtbar wird.

Es stellt sich zum Beginn des Lernprozesses die Frage: Wie geht diese neue Gesellschaft mit diesen neuen Fakten um? Ein Diskussionspunkt im Zusammenhang mit einer postmigrantischen Gesellschaft ist die Frage, ob wir nicht so etwas wie eine neue gesellschaftliche Erzählung brauchen. Das Wort „Narrativ“ geistert zurzeit durch alle Medien und gerät in Gefahr, abgenutzt zu werden. Es gibt trotzdem richtig wieder, was gemeint ist. Ein Narrativ ist der Versuch, eine sinnstiftende Herkunfts- und Entwicklungsgeschichte zu erzählen und so etwas wie einen von allen geteilten Sinn zu bekommen. Es ist der Versuch, einen Diskurs über Teilhabe und Zugehörigkeit zu gestalten und eine gesellschaftliche Vision zu formulieren. Eine neue, postmigrantische Gesellschaft braucht eine neue gesellschaftliche Erzählung für alle! Dieser Diskurs dreht sich nicht nur um Migrantinnen und Migranten, sondern will auch die Teile der Mehrheitsgesellschaft mitnehmen, die kulturell mit dieser Entwicklung nicht mithalten können.

Das alte Narrativ kennen Sie alle. Es lautete über Jahre und Jahrzehnte hinweg: „Deutschland ist kein Einwanderungsland.“ Unter den Folgen dieses von Anfang an – spätestens seit 1973 – völlig falschen Narrativs leiden wir noch heute. Die Eingewanderten sahen sich in einer Situation des Provisorischen. Die deutsche Gesellschaft hat sich mental nicht auf Veränderung einstellen können, wie wir sie jetzt verzeichnen. Die Folgen dieser mentalen Einstellung und der falschen Weichenstellung sind genau die Probleme, die wir gegenwärtig national und zum Teil auch europaweit auszubaden haben.

Drei Punkte sollten m. E. das neue Narrativ: „Deutschland ist eine Einwanderungsgesellschaft.“ bestimmen:

- Die Anerkennung der unumkehrbaren und dauerhaften Einwanderung und deren kontinuierlicher Geschichte,
- Migration als Konstante einer globalisierten Welt,
- Vielfalt und Migration als Neu-Orientierungen.

Wenn Sie sich selbstkritisch befragen: Was wissen Sie über die deutsche Ein- und Auswanderungsgeschichte?

Betrachten wir zunächst Deutschland als Auswanderungsland: Im 18. Jahrhundert verließen 750.000 Deutsche ihre Heimat Richtung Südosteuropa, gerufen von der Zarin, ihr Land zu besiedeln. Im 19. Jahrhundert wanderten 7 Mio. Deutsche in die USA aus. Nach 1933 suchten 500.000 Menschen aus Deutschland, die vor den politischen Verhältnissen geflohen waren, in

¹ Naika Foroutan et al. (2014, 2015, 2016): Deutschland postmigrantisch I, II, III. Berlin

vielen Ländern Zuflucht. Die Türkei beispielsweise muss man dabei immer wieder lobend erwähnen: Viele deutsche Intellektuelle wurden seinerzeit in der Türkei mit offenen Armen aufgenommen und fanden Zuflucht vor Verfolgung. Aktuell wandern jährlich 600.000 bis 800.000 Menschen aus Deutschland aus. Diese Zahl kennt kaum jemand.

Deutschland als Einwanderungsland ist noch interessanter. 1685 kamen 175.000 Hugenotten nach Deutschland. Berlin wäre ohne Hugenotten so, wie es ist, kaum denkbar. Sie spielten eine große Rolle in der Entwicklung Preußens. 1914 wurden etwa 1,2 Mio. Ausländer gezählt, die man später vielleicht als Gastarbeiter bezeichnet hätte, darunter 500.000 sogenannte Ruhr-Polen. Nach dem II. Weltkrieg wurden 12,5 Mio. Vertriebene aufgenommen. 3 Mio. Menschen verließen die DDR Richtung Westen. Von 1955 bis 1973 kamen 14 Mio. Gastarbeiter, 12 Mio. gingen wieder zurück. Bis heute haben wir 4,5 Mio. Spätaussiedler aufgenommen.

Angesichts dieser Zahlen wird deutlich: Deutschland ist ein Ein- und Auswanderungsland. Das ist ein wesentlicher Teil unserer Geschichte.

Migration als Konstante einer globalisierten Welt ist der zweite Fixpunkt einer neuen Erzählung. Auch wenn die Balkanroute geschlossen worden ist und am Mittelmeer versucht wird, die Flüchtlinge von der Flucht abzuhalten, kommen täglich, monatlich, jährlich Tausende nach Europa. Das wird sich nicht ändern. Keine Grenze wird die Menschen, die verzweifelt sind, davon abhalten, diese irgendwie zu überwinden. Damit sind auch Vielfalt und Migration entscheidende Neuorientierungen für die neue Erzählung. Joachim Gauck formulierte das als ein „neues deutsches Wir“ und als „die Einheit der Verschiedenen“. Das könnte die Überschrift über das neue Narrativ sein.

Wie verträgt sich unser Integrationsverständnis mit diesem neuen Narrativ? Die „Neuen Deutschen Organisationen“ sind ein Zusammenschluss all derer, die sich nicht mehr als Migranten sehen, sondern als neue Deutsche wie z. B. die „Neuen Deutschen Medienmacher. Sie formulierten als Forderung: „Wir wollen keine Integrationspolitik, sondern eine Gesellschaftspolitik, die sich an alle Bevölkerungsgruppen richtet.“² Daher stellt sich die Frage, ob Integration noch eine Orientierung ist, die uns leiten kann und sollte. Gibt es einen besseren Begriff, vielleicht den der Inklusion?

Integration – ein umstrittener Begriff

Eine der gängigsten Definitionen des Begriffs lautet: Integration ist die messbare gesellschaftliche Teilhabe für alle an den ökonomischen, ökologischen, sozialen und kulturellen Ressourcen der Gesellschaft.³

Diese wissenschaftliche Formulierung ist unumstritten und mit ihr könnte man auch leben, wenn sie der Alltagsrealität entsprechen würde. Das tut sie aber nicht. Wenn wir politische Diskurse oder die Alltagssemantiken, wie sie in den Medien stattfinden – von den neuen Medien ganz zu schweigen –, verfolgen, stellen wir fest, dass problematisch ist, was mit dem alltäglichen Integrationsverständnis verbunden wird und weshalb sich zu Recht die Neuen Deutschen Organisationen dagegen verwahren, integriert werden zu müssen oder sich zu integrieren.

Mit Integration ist im Alltag eine eindeutige Wir-Ihr-Unterscheidung verbunden. Ihr, die ihr genommen seid, müsst euch bei uns integrieren! Das ist eine Aufforderung an die anderen. In dieser Wir-Ihr-Unterscheidung sind die Konstruktionsprozesse angelegt, die man „othering“

² Neue Deutsche Organisationen (2015): In: <http://neue-deutsche-organisationen.de/de/ueber-uns/positionen> (16.04.2018)

³ Klaus J. Bade (2015): Willkommen in der Einwanderungsgesellschaft? In: Politik unterrichten. Zeitschrift der Deutschen Vereinigung für Politische Bildung. S.3

nennt: Die Hinzugekommenen, die Zugewanderten werden durch solche Konstruktionsprozesse zu Fremden gemacht. In diesem Verständnis wird Nicht-Integration als subjektives Versagen derer angesehen, die gekommen sind. Umgekehrt wird Integration als totale Anpassung, als Unsichtbarkeit angesehen. Verfolgt man Diskussionen um das Kopftuch, Diskussionen um schwarze Menschen, wird genau das deutlich. Die Integration von Polen bereitet relativ wenige Probleme. Sie fallen nicht auf, sie sind angepasst. Menschen mit Kopftuch sind sichtbar Andere und werden entsprechend angefeindet. Daher soll Integration in diesem Verständnis zu Anpassung und Unsichtbarkeit führen. Das ist Ausdruck einer männlich und weiß bestimmten, westlich-kapitalistischen Dominanzkultur der Über- und Unterordnung, wie sie Birgit Rommelspacher⁴ analysiert hat, die das Verhältnis von Einheimischen zu den Eingewanderten bestimmt.

Das heißt: Im Ergebnis haben sich die alltagssemantischen Bedeutungen des Integrationsbegriffs von den sozialwissenschaftlichen Inhalten verselbständigt. Mit dem Integrationsbegriff werden eindeutig problematische Assoziationen verbunden. Integration bedeutet in diesem Verständnis:

- Eingliederung,
- Erwartung der Gesellschaft an Migrant/innen,
- Eingliederung als deren „Bringschuld“,
- (abstrakte) Möglichkeit der Teilhabe (Teilhabechance)
- Zielgruppenspezifische Bedürfnisse, auf die die Soziale Arbeit einzugehen hat,
- Verantwortung einzelner Fachkräfte der Sozialen Arbeit, Integration zu unterstützen

Inklusion – ein Perspektivenwechsel

Ist der erweiterte Inklusionsbegriff eine Möglichkeit, einen Perspektivwechsel vorzunehmen, wie er integrations- bzw. inklusionpolitisch sinnvoll erscheint?

Inklusion bedeutet „Einschluss“ oder „Enthaltensein“ und bezeichnet einen Zustand der (selbstverständlichen) Zugehörigkeit aller Menschen zur Gesellschaft, verbunden mit der Möglichkeit zur uneingeschränkten Teilhabe in allen Bereichen dieser Gesellschaft.⁵ In dieser Definition ist die zentrale Überlegung verankert, die für mich Inklusion prägt, nämlich die selbstverständliche Zugehörigkeit aller Menschen zur Gesellschaft. „Zugehörigkeit“ ist m. E. der entscheidende Begriff. Es wird ein deutlicher Unterschied zwischen Eingliederung als Grundlage des Integrationsverständnisses und der Zugehörigkeit von Anfang an ersichtlich.

Inklusion heißt, dass Migrant/innen ihre Erwartungen an die Gesellschaft formulieren können, wie das funktionieren soll, was bisher Integration genannt wird. Inklusion bedeutet Zugehörigkeit als „Bringschuld“ der Gesellschaft. Das betrifft nicht nur die nationale Ebene, sondern auch die Zugehörigkeit der Migranten zu Europa. Es geht um mehr als nur Teilhabe anzubieten, es geht um die (konkrete) Ermöglichung von Teilnahme (Teilnahmefähigkeit). Im Inklusionsbegriff geht es um das Eingehen auf individuelle Bedürfnisse von allen, auch von denen, die gekommen sind. Die Verantwortung hierfür liegt nicht mehr allein bei den Fachkräften, sondern wird rückdelegiert an die Institutionen, wo sie in der Tat richtig hingehört. Selbstverständlich tragen die Fachkräfte weiterhin Verantwortung, aber die Institutionen haben sich entsprechend zu organisieren.

In der Gegenüberstellung zum Integrationsverständnis heißt Inklusion nach diesen Überlegungen zusammenfassend:

⁴ Birgit Rommelspacher (1998): Dominanzkultur. Texte zu Fremdheit und Macht. Berlin. S. 22

⁵ Bildungsserver Berlin Brandenburg (2013): Inklusion. In: <http://bildungsserver.berlin-brandenburg.de/inklusion.html> (16.04.2018)

- Zugehörigkeit
- Erwartungen der Migrant/innen an die Gesellschaft
- Zugehörigkeit als „Bringschuld“ der Gesellschaft
- (konkrete) Ermöglichung von Teilnahme (Teilnahmefähigkeit)
- Individuelle Bedürfnisse von allen in ihrer Unterschiedlichkeit berücksichtigen
- Verantwortung der Institution, Inklusion zu ermöglichen

Inklusion stellt somit eine begriffliche und konzeptionelle sinnvolle Alternative zur Integration dar. Der Mehrwert von Inklusion liegt in folgenden Aspekten:

Inklusion hat über das Inklusionsverständnis der UN-Behindertenrechtskonvention eine grundsätzliche menschenrechtliche Fundierung. Daran sollten wir uns ausrichten. In der Inklusion liegt eine grundlegende Haltungsveränderung begründet. Zugehörigkeit als neue Grundlage ist etwas radikal anderes als Eingliederung, wenn ich das ernst nehme, wenn ich es zur Haltung von Fachkräften und zur Haltung von Organisationen mache, die sich ebenso radikal verändern müssen, um diesem Zugehörigkeitspostulat gerecht zu werden.

Der Inklusionsbegriff ist sehr viel stärker als Integration mit einer strukturellen Orientierung verbunden. Es geht nicht nur um die individuell Handelnden – sowohl als Fachkräfte als auch als Klient/innen – sondern es geht vor allem auch um die Fragen von Exklusion, von Macht, von Diskriminierung und von Rassismus. Aber ein inklusiver Ansatz ist immer auch verbunden mit individuellen Fördermaßnahmen, denn die Veränderung von Strukturen allein genügt nicht. Inklusion ermöglicht die Gestaltung gesellschaftlicher Partizipation insgesamt und die betont die Bedeutung von Empowerment.

Ob es klug ist, den Integrationsbegriff zugunsten des Inklusionsbegriffs aufzugeben, kann nur jeder für sich selbst und seine Institution entscheiden. Die Arbeiterwohlfahrt beispielsweise hat sich dafür entschieden, den Integrationsbegriff zu verabschieden und nur noch von Inklusion zu sprechen. Es gibt gerade in Deutschland viele Vorbehalte gegen einen erweiterten Inklusionsbegriff, weil er mit der Behindertenarbeit verbunden ist und damit eine Engführung vornimmt und zu Missverständnissen und Verunsicherungen führt, die problematisch sein können. Ich persönlich nenne es meist Integration/Inklusion und versuche jeweils deutlich zu machen, was gemeint ist. Entscheidend ist natürlich die damit verbundene Haltung bzw. Haltungsveränderung.

Das funktioniert alles nicht ohne Teilhabe.

Teilhabe – ein neues Verständnis von Zugehörigkeit

Es ist durchaus sinnvoll, sich mit diesem Aspekt genauer zu befassen. Die erste Anforderung besteht darin, Teilhabe zu gewährleisten. Dabei geht es um die Frage nach der Stellung von Menschen in der sozialen Verteilungsstruktur. Wir wissen um die Repräsentationsdefizite von Menschen mit Migrationshintergrund. „Teilhabe“ als Angebot ist aber eher passiv, sie steht für bereits gewährte Rechte und bedeutet, als Individuum gleichberechtigter Teil eines Ganzen zu sein (abstrakte und kollektive Beteiligungsmöglichkeit). Dahinter steckt die häufig zu hörende Formulierung: „Ihr könnt doch, wenn ihr wollt. Aber wenn ihr nicht wollt, dann halt nicht.“ Es wird suggeriert, die einzelnen Personen seien schuld daran, wenn Integration/Inklusion nicht gelingt. Teilhabechancen sind im Sinne von Teilhabe-Gerechtigkeit zu gewährleisten. Es geht also um die generelle strukturelle Offenheit von Institutionen als Forderung und Erwartung z. B. durch interkulturelle Öffnung, Diversity Management, Inklusion. Das muss auch von der Jugendhilfe verfolgt werden.

Teilnahme ergänzt Teilhabe, es geht um die individuelle Befähigung zur Teilhabe. Man muss sich immer wieder bewusst machen, dass Eingewanderte eingeschränkte Fähigkeiten zur Teil-

nahme mitbringen. Beteiligung und Partizipation werden in den meisten Herkunftsländern nicht tagtäglich praktiziert. Die Vorbehalte gegen Behörden und gegen den Staat sind mächtig, weil sie auf entsprechenden Erfahrungen von Gewalt und Willkür beruhen. Patriarchalische Verhältnisse tragen nicht unbedingt dazu bei, sich mit den Themen „Partizipation“ und „Beteiligung“ zu befassen. Viele Menschen müssen deshalb zur Teilnahme befähigt werden.

Teilnahme ist aktiv, steht für den Kampf um Teilhabe und bedeutet, sich die zustehenden Rechte anzueignen (konkrete und individuelle Beteiligungswahrnehmung). Die Teilnahme-Befähigung führt uns zu einem klassischen Thema der Jugendhilfe, dem Empowerment. Können beispielsweise junge Menschen durch Jugendarbeit dazu befähigt werden, ihre Rechte wahrzunehmen?

Eine weitere Anforderung an die Arbeit mit jungen Migrantinnen und Migranten und jungen Geflüchteten ist es, Teilgabe zu ermöglichen. Teilgabe sollte – über teilnehmen können hinaus – noch einen weiteren Aspekt als Zielperspektive beinhalten: Teilgabe als Möglichkeit und Befähigung von Menschen, ihre je spezifischen Fähigkeiten und Kompetenzen in die vielfältige Gesellschaft einzubringen und darüber Anerkennung zu erfahren (Teilgabe-Ermöglichung). Damit werden die Menschen von der Objekt- in die Subjektrolle gebracht. Das ist gerade ein wesentliches Element in der offenen Jugendarbeit. Das Kunstwort „Teilgabe“ sollte als Grundhaltung verinnerlicht werden, um Menschen die Möglichkeit zu geben, sich als qualifiziert, aktiv und als jemand, der etwas geleistet hat, darzustellen.

„Partizipation und Demokratie als Geschwister der zivilgesellschaftlichen politischen Kultur“⁶

Mit dieser Überschrift wird Partizipation als zentraler Inklusionsmodus für ein demokratisches Gemeinwesen formuliert. Aber: Allein die Frage nach Beteiligung verweist schon auf ungleiche Machtverhältnisse. Nach Beteiligungschancen muss man nicht fragen, wenn es um die gesellschaftliche Relevanz von Wirtschaftsführern, Gewerkschaftsfunktionären oder Parteipolitikern geht. Kein Mensch käme auf die Überlegung, sich die Frage nach deren Teilhabe, Teilnahme oder Teilgabe zu stellen. Macht ist in dieser Gesellschaft massiv ungleich verteilt.

Demokratiethoretisch geht es um die Berücksichtigung aller Interessengruppen einer Gesellschaft. Wir wissen aber gerade aus der Jugendhilfe, dass unterschiedliche soziale Teilhabe- und Handlungsspielräume existieren. Soziale Lage, ethnische Herkunft, Geschlecht oder Behinderung führen dazu, dass Teilhabechancen und Handlungsspielräume nur eingeschränkt wahrgenommen werden können.

Zugleich wissen wir auch aus der Kinder- und Jugendhilfe, dass wir interessante Beteiligungsformate, -methoden und -projekte haben, dass aber diese Beteiligungsformate gleichzeitig eine selektive Wirkung zeigen. Sie sind keine Formate, die sozial Benachteiligte ansprechen. Sie sind oft keine Formate, die Menschen mit gewissen Artikulationsproblemen oder mit Problemen der sprachlichen Kompetenz erreichen. Unsere Beteiligungsformate sind häufig sehr dialog- und artikulationsorientiert und richten sich an die sog. „engagierten Jugendlichen“.

Daher gilt es, das „Recht auf Partizipation“ für alle als Bringschuld von Politik und Verwaltung durch z.B. Gesetze, Verfahren und Konzepte sicherzustellen. In einigen Gesetzen ist dies bereits angelegt, beispielsweise in Kommunalverfassungen, die den sachkundigen Bürger kennen oder Jugendgemeinderäte wählen lassen. Das Hilfeplanverfahren ist genau das Verfahren zur Beteiligung auch junger Menschen. Leider wird es häufig noch zu wenig genutzt, um Partizipation so zu verwirklichen, wie es der Gesetzgeber vorsieht. Die Realisierung dieser Verfahren

⁶ 15. Kinder- und Jugendbericht, S. 113

und Konzepte ist die Voraussetzung für die Durchsetzung u.a. der im SGB VIII verbürgten Rechte und zur Ermöglichung einer Ko-Produktion z.B. der erzieherischen Hilfen.

Kinder- und Jugendhilfe – ihr Beitrag zu Teilhabe und Teilnahme

An dieser Stelle beschränke ich mich auf die Bereiche Offene Kinder- und Jugendarbeit, Politische Jugendbildung und Kulturelle Jugendbildung, wohl wissend, dass alle anderen Hilfen auch ihren Teil dazu beitragen, Bildungsprozesse anzustoßen, zu unterstützen und zu beschleunigen sowie Beteiligung zu ermöglichen. Die zentrale Norm ist jedoch für mich der § 11 Abs. 1 SGB VIII: Partizipation als zentrale Zielorientierung und methodischer Ansatz.

Offene Kinder- und Jugendarbeit

Eine wesentliche Tatsache kann man nicht oft genug betonen: Geflüchtete Kinder und Jugendliche sind Kinder und Jugendliche. Sie gehören – im formulierten Inklusionsverständnis – von Anfang an dazu. Die Gefahr, dass wir mit Spezialisierungen und mit Diskursen in der Öffentlichkeit Sonderregelungen schaffen und eine unterschiedliche Jugendhilfe erzeugen, ist durchaus gegeben, vor allem in der Betonung der Geflüchteten als gesellschaftliche Herausforderung und gesellschaftspolitisches Problem.

Ich sehe durch die Zuwanderung von Migrantinnen und Migranten und insbesondere von Geflüchteten einen deutlichen Bedeutungszuwachs für die Offene Kinder- und Jugendarbeit (OKJA). Das sollte sie auch nutzen. Wir verfolgen seit Jahren die Diskussion darüber, dass die Bedeutung der OKJA abnimmt und durch die Ganztagschule u. ä. Themen in den Hintergrund gedrängt wird. Wir wissen aber, dass gerade dieses Feld genau die Prozesse unterstützt, über die ich hier spreche. OKJA ist der Ort für Teilhabe-Gerechtigkeit und Teilnahme-Befähigung, weil genau die Prinzipien der OKJA als Partizipationsgarantien gelten können. Das sind Beteiligung, Freiwilligkeit, Offenheit, das Ansetzen an den Interessen, Problemen und Fragen junger Menschen, Subjekt- und Handlungsorientierung oder Selbstbildung. Diese müssen mit Leben gefüllt und zur täglichen Praxis werden. Bei all diesen Überlegungen gilt es immer wieder, das Machtgefälle zu berücksichtigen, das sich für zugewanderte Jugendliche etwa daraus ergibt, welchen Rechtsstatus sie haben, welche kulturellen Hintergründe, welche Bildungsvoraussetzungen, sprachlichen Fähigkeiten u. a. sie mitbringen.

Politische Jugendbildung

Nach meiner Wahrnehmung ist das Thema „Politische Jugendbildung“ sehr in den Hintergrund getreten und spielt in der Praxis der Jugendhilfe kaum noch eine Rolle. Deren Möglichkeiten wurden schon einmal besser ausgefüllt, wenn ich auf die Erfahrungen und Diskussionen aus den 1980er- und 1990er-Jahren zurückblicke, die hoch interessant waren und gute Ergebnisse gezeigt haben.

Die politische Jugendbildung stellt einen Ermöglichungsraum für Bildungsprozesse zur Verfügung, für Demokratie-Erfahrung und -Erleben. Das ist auch eine Aufforderung an die Jugendverbände, sich stärker für Menschen mit Migrationshintergrund und Geflüchtete zu öffnen, was sie zunehmend tun. Politische Jugendbildung qualifiziert junge Menschen durch die Vermittlung von politischem Wissen über ihre demokratischen Rechte. Sie befähigt sie zur selbständigen Wahrnehmung ihrer Interessen im Rahmen demokratischen Verhaltens. Sie macht eine streitige Auseinandersetzung über unterschiedliche Positionen konkret erfahrbar, ermöglicht eigene Positionierungen und führt so zur Übernahme von Verantwortung und zur Verselbständigung.

Aktuell ist das Thema Bekämpfung von Judenfeindlichkeit und Antisemitismus eine Herausforderung für die politische Jugendarbeit. Damit müssen wir uns angesichts der zu erkennenden Entwicklung verstärkt beschäftigen. Dabei ist zu berücksichtigen, dass viele Jugendliche aus

ihren Herkunftsländern ein schwieriges Verhältnis zu Israel mitbringen. Hier zeichnen sich gesellschaftliche Spaltungstendenzen ab. Das gilt in gleicher Weise für den zunehmenden Antisemitismus. Die Ergebnisse der bereits erwähnten BIM-Studien zeigten eindeutig, dass eine abstrakte Bereitschaft in der deutschen Mehrheits-Bevölkerung für Integration und Inklusion, für Offenheit und Zugehörigkeit besteht. Wenn es jedoch konkret um knappe Ressourcen geht, ist das Meinungsbild weitaus differenzierter. Vor allem gegenüber Muslimen nimmt die Toleranz sehr stark ab und die Ablehnung zu. Das heißt, auch dieses Thema spaltet die Gesellschaft und daher müssen wir uns damit befassen. Zu einer zeitgemäßen politischen Jugendbildung gehört auch die Gedenk-Kultur, d. h. die Herausforderung, wie wir mit der deutschen Geschichte und historischen Schuld umgehen und sie als gemeinsame Verpflichtung alter und neuer Deutscher verstehen.

Kulturelle Jugendbildung

Die Kulturelle Jugendbildung halte ich für das fruchtbarste Feld zur Beförderung von Bildungsprozessen, die auf Inklusion und Partizipation zielen. Kulturelle Jugendbildung bietet mit ihren ästhetischen Ansätzen, Mitteln und Methoden noch einmal ganz andere Chancen als alle anderen Jugendhilfeansätze.

Es ist immer wichtig zu betonen: Es begegnen sich in der Kinder- und Jugendarbeit Menschen, nicht Kulturen! Migrantinnen und Migranten werden sehr häufig zu Repräsentanten ihrer Kultur gemacht. Sie werden z. B. gefragt: Wie ist denn nun der Syrer? Was ist eine syrische Familie, wie leben die Syrer? Darauf kann jeder nur für sich und seine eigene Familie antworten und nicht für eine Nation oder Kultur.

Migration und Fluchterfahrungen sollten – auch - als Bildungsprozesse verstanden werden. In verschiedenen Arbeitsgruppen auf dieser Veranstaltung wurde das Thema „Trauma“ und „traumatisierte Flüchtlinge“ aufgegriffen. Auf der anderen Seite äußerte jemand, das Wort „Trauma“ schon nicht mehr hören zu können. In diesem Spannungsfeld bewegt sich die Diskussion. Es gibt eine starke Tendenz, alle jugendlichen Flüchtlinge zu Traumatisierten zu erklären, andererseits dieses Thema zu bagatellisieren und als Übertreibung abzutun. Die Realität liegt irgendwo in der Mitte. Aber unabhängig von Traumatisierungen sind Migration und Fluchterlebnisse auch Erfahrungen, die als Bildungsprozesse gesehen werden können. Überträgt man das, was Geflüchtete hinter sich gebracht haben, auf das, was wir „strategische Steuerung“ nennen, wird man merken, wie diese Erlebnisse auch verstanden werden können. Die Menschen, die geflüchtet sind, hatten eine Vision: die Vision von einem freien, friedlichen und glücklichen Leben. Aus dieser Vision entwickelten sie Ziele, wie sie diese Visionen realisieren können. Sie machten sich auf den Weg, Westeuropa, Deutschland war das Ziel. Sie planten konkrete Maßnahmen wie den Verkauf ihres Eigentums zur Finanzierung der Flucht, die Beauftragung von Schleppern. Überträgt man die abstrakten Elemente der strategischen Steuerung von der Vision über Ziele zu Maßnahmen und zur Maßnahmendurchführung auf die individuellen Fluchterfahrungen, wird der Bildungsprozess deutlich. Dass Menschen, die über Wochen und Monate, teilweise unter Lebensgefahr geflüchtet sind, Erfahrungen mitbringen, die wir in der Jugendhilfe fruchtbar und als Ansätze für Empowerment-Prozesse nutzen können, liegt auf der Hand. Hier wird der Paradigmenwechsel von der Defizit- zur Potenzialperspektive besonders deutlich.

Die kulturelle Jugendbildung bietet Strukturen für Selbstbildungsprozesse und Beiträge zur Identitätsklärung. Bei der Identitätsklärung geht es um die klassischen Fragen der Jugendhilfe: Wer bin ich? Wo komme ich her? Wo will ich hin? Das ist nicht neu, aber die Auseinandersetzung mit Identität müsste in der Jugendarbeit um die Frage erweitert werden: Wer sind wir? Wo wollen wir hin? Wie wollen wir gemeinsam leben in dieser Gesellschaft, die ich anfangs als neue postmigrantische Gesellschaft skizziert habe?

Es geht in der Kulturellen Jugendarbeit darum, Gemeinsamkeiten als Ausgangspunkt zu betrachten, Gemeinsamkeiten zwischen deutschen und nicht deutschen Jugendlichen, zwischen migrantischen Jugendlichen und geflüchteten Jugendlichen, Gemeinsamkeiten der Jugendkulturen, der Geschichten, der Interessen, vielleicht auch Gemeinsamkeiten von Diskriminierungserfahrungen. Die Gemeinsamkeiten überwiegen die Unterschiede.

Kulturarbeit erzählt mit am neuen Narrativ der Gesellschaft mit eigenen ästhetischen Mitteln wie Musik, Theater, Film oder Malerei, weil so auch ohne Sprache mit kulturellen Mitteln ermöglicht wird, die notwendigen Auseinandersetzungen zu führen.

Das neue WIR!

Für die neue Erzählung, für das neue Narrativ, für die neue gesellschaftliche Grundlage, die uns trägt, ist es m. E. wichtig,

- die Geschichte der Kontinuität von Ein- und Auswanderung als unsere deutsche Geschichte zu lernen,
- die Geschichte der erfolgreichen Bewältigung von Herausforderungen zu unserer gemeinsamen Geschichte zu machen,
- die Geschichte der Veränderungen als positive und innovative Leistung der Gesellschaft zu lesen und
- die Geschichte der Integration in Deutschland auch als Erfolgsgeschichte zu vertreten.

Sich das bewusst und zur Grundlage für die Jugendhilfe und für die Gesellschaft zu machen, ist eine Aufforderung an uns, an der wir noch lange zu arbeiten haben, damit das realisiert wird, was der 15. Kinder- und Jugendbericht für alle Jugendliche unabhängig von ihrer Herkunft als Chance und Erwartung formuliert:

Junge Menschen sind die „Ko-Produzenten der Zukunft“⁷

⁷ 15. Kinder- und Jugendbericht, S.471